Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 131. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 6. Juni 1930. | 12. Jahrgang.

Sprich nicht von des Feuers Wüten,
Nicht vom Zorn der wilden Wasser,
Nicht vom Göttergroll: Die Menschen
Sind der Menschen schlimmste Hasser!
Fr. W. Weber.

Der Religionsschutz im neuen Strafgesetzbuch.

Von D. Strathmann, Erlangen, M. d. R.

Der Abschnitt des neuen Strafgesetzbuches, der sich gegen „Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe" wendet, gehört zu denen, welche dem Strafrechtsausschuß besonders große Schwierigkeiten gemacht haben. Weniger wegen der §§ 181—183, die sich gegen Störung des Gottesdienstes, der Bestattungsfeier und der Totenruhe wenden, als wegen des § 180 (früher 166), welcher die „Beschimpfung einer Religionsgesellschaft" betrifft. Hier war bei der ersten Tagung eine solche Gegensätzlichkeit der Ansichten zutage getreten, daß keiner der mancherlei Vorschläge eine Mehrheit gefunden hatte. Es war eine Lücke geblieben. Würde es gelingen, bei der zweiten Lesung die Lücke zu schließen? Oder sollte es den Zufälligkeiten einer künftigen Entscheidung im Plenum überlassen bleiben, ob überhaupt und wie diese Lücke geschlossen werden würde?

Die Sorge war sehr berechtigt und es blieb bis zum letzten Augenblick zweifelhaft, ob das Ergebnis jetzt ein anderes sein würde. Schon das war umstritten, ob grundsätzlich überhaupt eine solche Bestimmung in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten die Streichung beantragt. Die wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Dann erhob sich die Frage, wie weit der Schutz ausgedehnt werden solle. Auf alle im Reich bestehenden Religionsgesellschaften? So wollten es Sozialdemokraten und Demokraten. Oder nur auf „die im Reiche bestehenden Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts?" Jener Vorschlag wurde mit 17 gegen 11 Stimen abgelehnt, der zweite angenommen. Grund: Auf dem ersten Wege ist keine vernünftige Abgrenzung zu erzielen. Ist ein beliebig gebildeter religiöser Verein eine „Religionsgesellschaft"? Man hat keine Möglichkeit der Abgrenzung anders als durch das Merkmal, ob eine solche religiöse Vereinigung die Rechte einer öffentlichen Korporation sich hat erwerben können. Das ist nach Art. 137,5 RV. immer dann möglich, wenn eine solche Gemeinschaft „durch die Verfassung und durch die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bietet". Trotzdem ist der Erwerb nicht ganz leicht. Aber nach dem beschlossenen Wortlaut ist jede religiöse Gemeinschaft des Schutzes teilhaftig, die auch nur in einem Lande die Korporationsrechte genießt. Denn auch dann ist sie „eine im Reich bestehende Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts".

Soll der Schutz auch noch auf andere Objekte ausgedehnt werden? Etwa auf den Gottesglauben (in diesem Sinne war im bisherigen § 166 die „Gotteslästerung" unter Strafe gestellt) und auf die „Einrichtungen und Gebräuche" der betroffenen Religionsgesellschaft"? So wollte es in teilweiser Uebereinstimmung mit dem Entwurf das Zentrum, und, jedoch ohne die „Gebräuche", auch ein deutschnationaler Antrag. Das wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmte die ganze Linke und die Deutsche Volkspartei. Für diese war dabei die Ueberlegung maßgebend, daß die genannten Elemente gar nicht besonders genannt zu werden brauchten; sie seien in dem Begriff „Religionsgesellschaft" von selbst mit eingeschlossen. Denn sie könnten doch nicht als von ihr losgelöst betrachtet werden, sondern ständen mit ihr in organischem Zusammenhang, so daß durch einen Angriff auf sie stets auch die Religionsgesellschaft selbst angegriffen sei. Dem ist nicht widersprochen worden. Vielmehr habe ich die Richtigkeit dieser Ansicht durch den historisch begründeten Hinweis darauf ausdrücklich bestätigt, daß auch schon im bestehenden Strafgesetzbuch die Aufzählung dieser Elemente nicht als Hinzufügung von etwas Neuem, sondern als Hervorhebung einzelner wichtiger Gebiete gedacht war. Eine wesentliche Bedeutung ist deshalb der Frage, ob diese Elemente neben den Religionsgesellschaften besonders aufgeführt werden sollen, nicht beizumessen.

Verboten wird die Beschimpfung der Religionsgesellschaften. Ist das nicht ein Begriff von gefährlicher Dehnbarkeit? Kann er nicht auch — unerwünschterweise — berechtigte sachliche Kritik, berechtigte künstlerische Freiheit, berechtigte religiöse Propaganda, sofern sie sich im Gegensatz zu bestehenden Religionsformen befindet, treffen? Sozialdemokraten und Demokraten wollten daher die Strafe nur eintreten lassen, wenn die Beschimpfung „in gemeiner Absicht" erfolgt, wofür der Abg. D. Kahl „böswillig" zu setzen vorschlug. Beides wurde (gegen 12 Stimmen) abgelehnt, weil es so gut wie nie möglich sein wird, diese Absicht oder Böswilligkeit nachzuweisen. Der Schutz des Paragraphen würde durch diesen Zusatz völlig illusorisch. Dagegen fand die in einem deutschnationalen Antrag enthaltene Einfügung des mehr objektiven Merkmals, daß die Beschimpfung „in gemeiner Weise" erfolgt sein müsse, um strafbar zu sein, nach Ablehnung jenes Antrags eine Mehrheit von 17 gegen 11 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Der vom Zentrum wieder aufgenommene Gedanke der Vorlage, die Bestrafung eintreten zu lassen bei jeder Beschimpfung, „die geeignet ist, das Empfinden der Angehörigen der Religionsgesellschaft zu verletzen", wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Wie sollte wohl festgestellt werden, was dazu geeignet ist? Sollte etwa ein evangelischer Richter feststellen, was geeignet ist, das Empfinden des Katholiken zu verletzen? oder umgekehrt? Soll er erst „Sachverständige" hören? Wer soll sie abgeben? Dieser Gedanke war also ganz undurchführbar. —

Endlich war noch die Frage zu entscheiden, ob die Strafverfolgung jemals nach dem Ermessen der Staatsanwaltschaft eintreten solle (Offizialdelikt) oder etwa nur auf Antrag der betroffenen Religionsgesellschaft (Antragsdelikt)? Dieses wollten die Sozialdemokraten und Demokraten, jenes Deutschnationale und Zentrum. Sie lehnten das Antragsdelikt mit aller Entschiedenheit ab. Einmal, weil es die Religionsgesellschaft stets mit einem schwer erträglichen Odium belasten würde; vor allem aber, weil die ganze Schutzbestimmung eingefügt wird vielmehr aus einem allgemeinen Staatsinteresse heraus als wegen des Sonderinteresses der Religionsgemeinschaften. Der Staat schützt die Religionsgesellschaften gegen solche Verunglimpfungen wegen seiner Pflicht für ungestörte Religionsübung zu sorgen wie wegen der auch heute noch tatsächlich und rechtlich von ihm anerkannten allgemeinen Kulturbedeutung (im weitesten Sinne) der Religion. Der Ausschuß entschied sich mit 15 gegen 13 Stimmen für den Mittelweg, die Strafverfolgung von der Zustimmung der beteiligten Religionsgesellschaft abhängig zu machen. Auch das entspricht den von den Religionsgesellschaften geäußerten Wünschen nicht, weshalb auch die Mehrzahl der deutschnationalen Stimmen sich nicht entschließen mochte, zuzustimmen. Indessen muß anerkannt werden, daß die Bedenken gegen das „Zustimmungsdelikt" vergleichsweise viel geringer sind als gegen das „Antragsdelikt". Auch kann es sein Gutes haben, daß die kirchlichen Stellen so in die Lage versetzt sind, die Anstrengung der Klage in ungeeigneten Fällen zu verhindern. Als befriedigend kann aber gerade an diesem Punkte das Ergebnis nicht bezeichnet werden. Immerhin wird man vielleicht sagen dürfen, daß dieser Ausgang doch noch besser ist, als wenn abermals eine Lücke entstanden und das weitere Schicksal völlig im Ungewissen geblieben wäre.

Das Ergebnis, welches in den schwierigen und langwierigen Verhandlungen in der Schlußabstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen erzielt wurde, ist demnach folgendes:

§ 180: Beschimpfung einer Religionsgesellschaft.

Wer öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts in gemeiner Weise beschimpft, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Die Tat wird nur mit Zustimmung der beteiligten Religionsgesellschaft verfolgt.

Mütter müssen Pazifisten sein?

Trotz einiger Bedenken nehmen wir diese Entgegnungen noch auf. Eine völlige Einigung ist da wohl kaum zu erzielen. Wer an die Möglichkeit einer friedlichen Regelung aller irdischen Verhältnisse glaubt, kommt leicht in die Gefahr, jedes Betonen nationalen Rechtes oder die Erziehung zu nationalem und vaterländischem Denken als Kriegshetze zu bezeichnen. Das sollte nicht so sein.

Die Frage von Margarete Zander in Nr. 109 des „Aufwärts", „Müssen Mütter Pazifisten sein" würde vielleicht am besten ganz knapp und kurz mit einem Satz beantwortet: „Ja, unter allen Umständen müssen die Mütter Pazifisten sein, denn für den Krieg, die Verteidigung des Landes und die Eroberung neuen Lebensraumes sorgen die Männer, die Väter mehr als genug, und es ist alles Gegengewicht der Mütter nötig, um durch Friedenswillen und Friedensbereitschaft die Kampflust der Männer zum Wohl des Vaterlandes in den gebotenen Grenzen zu halten.

Aber es ist doch wohl nötig, noch näher auf diese Frage einzugehen, zumal es sich ja nicht, wie Margarete Zander scheinbar meint, nur um rein völkische, vaterländische Belange handelt; diese Frage ist doch vor allem auch ein Problem, mit dem man sich als Christ auseinandersetzen muß, und es erscheint etwas verwunderlich, daß Margarete Zander mit keinem Wort an diese Gedanken rührt, mit denen sie sich als Leser des „Aufwärts" doch auch in dieser Frage irgendwie auseinandersetzen muß. Deshalb möchte ich sie zunächst auf ein Buch hinweisen von einem Verfasser, dessen Vaterlandsliebe hier über allen Zweifel erhaben ist, der Grundgedanke des Buches läßt sich in die Worte fassen: „Gott will nicht, daß Krieg sei." So schreibt der Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, in seinem Buch „Friede auf Erden?" und Margarete Zander würde beim Studium dieses Buches finden, daß man bei aller berechtigten nationalen Bindung doch die Menschheitsziele höher setzen muß als sie es bei der Erziehung der deutschen Söhne für nötig hält.

Wenn wir Frauen verantwortungsbewußt und maßgebend an der Gestaltung unseres Volksschicksals mitarbeiten wollen, so dürfen wir uns bei aller Berücksichtigung der politischen Verhältnisse doch nie von unsern Wurzeln — von unserm Frauentum, unserm Muttertum — trennen. Wenn deshalb die Männer unter der Last der Reparationszahlungen seufzen, unter deren Druck ja auch wir leiden, wenn sie von einem „geknechteten und erniedrigten Vaterlande" reden, so sollen wir sie trösten mit dem Wort: „Der Mensch ist frei, und wär er in Ketten geboren", denn wir sollen Wunden heilen und nicht zum Schlagen neuer Wunden antreiben. Es ist unsere Frauenaufgabe, das Abschütteln der Ketten nur, aber auch nur durch Verhandeln und Völkerverträge zu erreichen. Schon oft ist das in der Geschichte gelungen, schon mancher Krieg ist durch Verträge vermieden, und auch heute arbeiten Frauen in allen Ländern daran, durch Völkerverständigung auch unsere Lasten zu erleichtern und künftige Kriege zu vermeiden.

Wenn die Furchtbarkeit der kommenden Gaskriege, die alles Leben vernichten werden, nicht nur das der Kämpfer, sondern auch der Greise, Frauen und Kinder, ja sogar der Tiere und Pflanzen. Ihnen Ihre einzige Stellungnahme als Mutter nicht zeigt, so geschieht das vielleicht durch die Ueberlegung der Frage, für wen wir unser Vaterland solchen Schrecknissen aussetzen. Wenn es schon bei den Kriegen des vorigen Jahrhunderts umstritten ist, ob sie nicht Kabinettskriege waren, die mit der Ehre der Nation wenig zu tun hatten, so werden wir in Zukunft vermutlich nur noch reine Wirtschaftskriege führen um irgend welche Rohstoffe, wie Oel oder Kohlen oder irgend eine bequeme Zufahrtstraße, an denen eine Finanzgruppe, irgend ein Trust oder einige Oelmagnaten starkes finanzielles Interesse haben. Durch eine geschickte Presse voll Lügen und Entstellungen wird es diesen Mächten — wie stets — gelingen, die Völker aufzuhetzen, daß sie meinen, ihre nationale Ehre sei angegriffen, „ihr Anspruch auf freie Kraftentfaltung auf Lebensraum" sei verletzt — — — und in jedem der kämpfenden Länder weinen dann Tausende von Müttern über ihre Söhne, die sie in heiliger Opferbereitschaft — dem krassen Materialismus einiger Hintermänner geopfert haben.

Was heißt überhaupt „Anspruch auf freie Kräfteentfaltung, auf Lebensraum"? Das heißt stets Entfaltung auf Kosten anderer. Diese Kräfteentfaltung geschieht schon ohne Kriege mit soviel Härte, wir sehen es jetzt tagtäglich im eigenen Lande, — warum wollen wir Frauen nicht alle weibliche Kraft und Intelligenz einsetzen, um diese Härten auszugleichen durch Entgegenkommen hier und da, durch Schiedsgerichte und Verhandlungen, durch Beeinflussung der Politik mit gutem Willen, durch Erziehung der Kinder zur Ehrfurcht auch — vor dem Recht und der Ehre anderer. Denn so wie wir jetzt in unserm Volk leiden, so leiden und litten auch die Mütter in anderen Ländern. Was sagten z. B. die Polen hundert Jahre lang, als ihr „Anspruch auf Kräfteentfaltung, auf Lebensraum" durch Stärkere verneint wurde? was sagen die Inder? die Buren? die Indianer? die Afrikaner? — — Und was sagt Christus? „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!"

Es ist zweifellos ganz furchtbar schwer für uns Deutsche, jetzt in diesem Konflikt zwischen Liebe und Erkenntnis zu entscheiden. Zwischen der Liebe zum deutschen Vaterland, an dem wir mit allen Fasern des Seins hängen, dieser Liebe, die unter dem Unglück des Vaterlandes leidet, und die jede Schmach, jede Unterdrückung schmerzhaft empfindet, — und zwischen der Erkenntnis, daß es doch noch ein Höheres als das Vaterland gibt, die Menschheit, der zu dienen, für deren Wohl, an deren Entwicklung zu arbeiten wir als Christen verpflichtet sind. Könnte es nicht unsere Menschheitsaufgabe sein, daß wir als Deutsche Opfer bringen müssen, um der Menschheit den Weg zur Versöhnung zu ermöglichen? Nennen Sie das „verblendet von pazifistischen Gedankengängen"? — „Noch stets ist die Idee des Opfers die größte im Werdegang der Menschheit gewesen", sagen Sie selbst, doch „heldische Art", wie sie „deutschen Sinn" erfüllt zeigt sich nicht nur im Dreinschlagen, im Vernichten der anderen, sondern auch im Opfern gewisser, meist materieller völkischer Belange. Wollen Sie entscheiden, wo das größere Heldentum, die größere Opferbereitschaft, — das größere Menschheitsziel liegt?

Gertrut Sinn, Ubbelohde.

Eine Erwiderung.

Von Margarete Zander.

„Heldische Art, wie sie deutschen Sinn erfüllt", sehe ich bei Luther, der bereit war, im Kampf für die Wahrheit sein Leben zu geben, bei Theodor Körner, der im Kampf betete: „Vater, du führe mich!" Nicht zum „Dreinschlagen, nicht zum Vernichten der andern Menschenbrüder", sondern zum Erkennen von Gottes Willen in der heißen Not seines Volkes. Ich sehe diese „heldische Art" aber auch bei Gandhi und seinen Anhängern, die sich opfern, um ihrem Volk zu helfen, und ebenso bei Albert Schweitzer, der sein Leben für höchste Menschheitsaufgaben einsetzt. Entscheiden, wo hier, wo überhaupt in Menschheits- oder unseres Volkes Geschichte „das größere Heldentum, die größere Opferbereitschaft" liegt, dies zu tun war nicht die Absicht meines Aufsatzes.

Es ist auch diese Entscheidung genau so wie die, ob uns das Wohl der Menschheit, die Arbeit für sie höher stehen soll als die für das Vaterland, so sehr eine Frage ganz persönlicher Gewissenseinstellung und eine Folge persönlicher Erfahrung oder ererbter Blickrichtung, daß sie jeder für sich selbst nur beantworten kann. Eine Diskussion hierüber ist unfruchtbar. Ich halte mich hierin an E. M. Arndts Wort: „Deutsches Herz, verzage nicht! Tu, was dein Gewissen spricht!"

Was ich unter „geblendet von pazifistischen Gedankengängen" verstehe? Nicht sehen oder sehen wollen, was sogar die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in ihrer neuesten Kundgebung betont: „Trotz der amtlichen Friedensversicherungen ist die Kriegsgefahr auf der ganzen Welt nie ernster und vielgestaltiger gewesen als jetzt." Nicht bemerken, daß ein ausgesprochenes Jugendrüsten in unsern Nachbarländern eingesetzt hat, wie jeder, der sich einige Zeit im Ausland umgesehen hat, bestätigen wird. Ich verstehe ferner darunter, sich der trügerischen Hoffnung hingeben, nach allem, was wir in den letzten zehn schweren Jahren erlebt haben, daß in Briands Paneuropa Lebensraum sein wird für die Entfaltung all der wertvollen, brachliegenden deutschen Kraft. Und daß für diesen Lebensraum gesorgt werden muß, erscheint wohl jedem als Pflicht, der die brennende Not der eigenen Stammesbrüder heißer auf dem Herzen spürt als die der Inder, der Afrikaner — oder etwa die einstige der Polen. Von dem Ernst der christlichen Lebensauffassung und der am Evangelium geschulten sittlichen Norm des Einzelnen wird es abhängen, ob diese „Kräfteentfaltung" rücksichtslos auf Kosten anderer und mit Verachtung und Härte gegen sie geschehen wird. Daß diese Erziehung der Jugend zur Nächstenliebe und Achtung der Lebensinteressen auch anderer Völker die Aufgabe christlicher Mütter ist, erscheint mir selbstverständlich. Die Jugend wird sich aber achselzuckend und verständnislos von uns und unserer Gedankenwelt abwenden, und wir werden jeden Einfluß auf ihre sittliche Entwicklung verlieren, wenn wir kein Verständnis haben für ihre Zukunftshoffnungen im Vaterland, für ihr berechtigtes brennendes Verlangen, einst „mit freiem Volk auf freiem Grund zu steh'n." Die Jugend erwartet von uns Müttern — ich stehe ihr nahe genug um dies behaupten zu können — daß wir diesen ihren Anspruch anerkennen, daß wir begreifen, daß die Friedensliebe eines schwachen, uneinigen, geknechteten Volkes zu billig ist, um gewertet zu werden; daß man aber die Friedensbereitschaft einer Nation suchen und schätzen wird, die sich nicht nur an Schillers Wort aufrichtet: „Der Mensch ist frei, und wär er in Ketten geboren." Unser Schiller hat uns noch ein stärkeres Wort hinterlassen, den Rütlischwur: „Wir wollen sein, ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr! Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben." Heißt dies „zum Schlagen neuer Wunden antreiben", jenem furchtbaren Verbrechen an der Menschheit? Nein, es erkennt nur das Recht an zu völkischer Bindung und die Pflicht, an die Erfüllung nationaler hoher Aufgaben seine ganze Kraft zu setzen. Es fordert von uns Müttern das stille, starke Wachsen einer ganz großen Liebe zum Vaterland. Fragen Sie die Mütter derer, die ihr Leben ihrem Lande geopfert haben, und denen heute unsere tiefste Verehrung, unser heißester Dank gehört, welches ihre „einzig mögliche Stellungnahme als Mutter" im Kriege war? Wie hätten sie sich zu einer Kriegsdienstverweigerung ihrer Söhne gestellt?

Niemand wünscht mehr als ich, daß auch wir bald, wie Norwegen heute schon, sagen könnten, die Möglichkeit eines Krieges käme nicht mehr in Frage. Nicht dadurch, daß wir in dem großen Schmelztiegel der Nationen untergegangen sind, wie im frühen Mittelalter so viele Germanenstämme. Ich glaube nicht, daß sich deutscher Lebenssinn darin erfüllen könnte. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß der echte Pfingstgeist die Menschen lehren werde, sich als Kinder Gottes zu lieben und zu achten, die Wege friedlicher Verständigung zu finden und den Krieg als sinnlose Vernichtung gottgewollten Lebens zu verabscheuen.

Noch eins: Opferbereitschaft, die ich nun einmal für das Höchste im Leben halte, muß sich immer erst im engeren Lebenskreis zeigen und bewähren, ehe sie sich für Menschheitsaufgaben einsetzen kann. Wenn aber der junge Mensch nicht mehr dazu erzogen wird, in seiner Brüder höchster Not sein Leben für sie hinzugeben, und sei es auch, um ihnen menschenwürdigere Lebensmöglichkeiten zu erkämpfen — vorausgesetzt, daß dies auf anderem Wege zu erreichen unmöglich ist — so wird auch jene Opferbereitschaft für die Menschheit schwinden. Die Jugend wird immer selbstsüchtiger und materialistischer werden und das Wort auf ihr Banner schreiben: Wo es dir gut geht, da ist dein Vaterland.

Sie äußerten Ihr Befremden, daß ich die Frage „Krieg oder Frieden" nicht vom Standpunkt des Christen aus behandelt hätte. Der Rahmen einer kurzen Antwort macht es mir leider unmöglich, ausführlich hierauf einzugehen. Es wäre viel zu sagen. Mein Aufsatz in Nr. 109 beschäftigte sich allerdings ausschließlich mit der Stellung der christlichen Mutter zu diesem bitter ernsten Problem. Auch ich glaube: „Gott will nicht, daß Krieg sei!" Doch vergessen wir nicht, Gottes Gedanken sind nicht unsere Gedanken.

Bismarck schrieb einmal an seine Frau: „Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinschickt, da muß ich gehen." Sollte dies Wort nicht auch für unsere Söhne geschrieben sein?"

Das andere Deutschland.

50 Jahre Schutzarbeit für das Auslandsdeutschtum.

Von

Clara Mende.

Die diesjährige Pfingsttagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande, die in Salzburg stattfindet, ist gleichzeitig eine Jubiläumsfeier der deutschen Schutzvereinsarbeit, die vor 50 Jahren mit der Gründung des Wiener Schulvereins begann.

Kein Land hat so viele Volkskräfte ins Ausland abgegeben wie Deutschland seit dem Dreißigjährigen Krieg. Die innere Zerrissenheit unseres Staates, die Teilung in Oesterreich und Deutschland haben Hunderttausende von Deutschen außerhalb der Grenzen des Vaterlandes, losgelöst von der Volksgemeinschaft gelassen. Die anderen Staaten, in denen sich die Deutschen als wertvolle, fleißige Ansiedler niederließen, kamen viel früher zu der Idee des Nationalstaates und wollten darum den Fremdstämmigen sich assimilieren oder mindestens unterdrücken.

In dem Völkergemisch der Oesterreichisch-ungarischen Donaumonarchie hatten es die Deutschen besonders schwer. Die Männer, die dem Deutschtum Schutz zu schaffen, ihm zur Anerkennung zu verhelfen suchten, fanden sich im 19. Jahrhundert zu dieser Arbeit zusammen in Deutschland: Richard Böckh, Robert Jamasch, Wilhelm Stricker und andere mehr suchten in Wort und Schrift den Gedanken der deutschen Verbundenheit über Grenzen und Länder hinweg zum geistigen Eigentum des ganzen Volkes zu machen.

In Oesterreich entstand der deutsche Verein, der gegen die steigende Zurücksetzung des Deutschtums in der Monarchie Stellung nahm. Sein Ziel war nicht etwa deutsche Expansion zu treiben; nur Deutsche vor dem Verlust ihres Deutschtums zu schützen, sah er als seine Aufgabe an. Namen von gutem Klang, wie Dr. Gustav Groß, Dr. Perathoner, Peter Rosegger, Dr. Karl Lueger, suchten diese Aufgabe im Anfang des 20. Jahrhunderts zu lösen. Die gleichen Bestrebungen hatten der Schutzverein Südmark und der Allgemeine Deutsche Schulverein.

Christliche Philologen-Arbeitsgemeinschaft.

Am 24.—25. Mai tagte in Neuwied die christl. Philologen-Arbeitsgemeinschaft für Rheinland und das angrenzende Westfalen. An die 60 Teilnehmer hatten sich in den gastlichen Räumen der Zinzendorfschule zusammengefunden, neben einigen an Schul- und Erziehungsarbeit interessierten Gästen Lehrer und Lehrerinnen an höheren Schulen aller Art.

Am Samstagnachmittag fand ein zwangloser Empfang im schönen Zeichensaal der Anstalt statt; abends hielt Direktor Wedemann-Neuwied das erste Referat über Jugend und Gemeinde. Er bot zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Gemeindelebens und seinen Verfall von der Aufklärung bis auf unsere Tage, der vielfach zu der Befürchtung einer „Zukunft ohne Kirche" geführt hat. Aber das russische Erlebnis und mancherlei Zeichen unserer Zeit deuten in andere Richtung. Wir stehen in einer Krisis; Gottes Bußruf ergeht heute deutlich an uns — eine neue Gemeinde der Heiligen kann erst durch unsere Buße heraufgeführt werden. Die Jugend unserer Zeit, die proletarische wie die gebildete, stehen in der gleichen Krise. Die „moderne" Erziehung stellt die jungen Menschen mitten in den Kampf der Werte, sie werden erzogen zur Kritik an allem, zur Ehrfurchtslosigkeit; alle „Bindungen" werden abgelehnt, Religion dient höchstens noch den religiös Bedürftigen. Der Kult der Individualität ist letztes Ziel. Wie soll eine so erzogene Jugend zur Gemeinde kommen? Und doch regt sich heute die starke Sehnsucht nach Gemeinschaft — oft neben der Gemeinde her —, der Sinn für das Objektive und Absolute, die Ahnung einer übersinnlichen Gemeinschaft. Das alles sind Ausgangsmöglichkeiten und Anknüpfungspunkte. — Der Vortragende gab dann aus der Praxis der Zinzendorfschule Einblick in eine Gemeinschaft von Jugend und Gemeinde, die nicht als Erziehungsziel angestrebt, sondern als Frucht des unter der Herrschaft Christi stehenden Alltagslebens der Schule erlebt wird.

Die in der Diskussion angeschnittenen pädagogischen Fragen berührten u. a. die Schuld des gewöhnlichen Schulbetriebs an der Isolierung des jungen Menschen, die bewußte Umstellung der Zinzendorfschule, die den Schüler zur Hilfsbereitschaft für die anderen, zum Verantwortungsbewußtsein zu erziehen sucht, und das methodische Problem der Erziehung zur geistigen Arbeit.

Der Sonntag schloß die Teilnehmer mit der Neuwieder Brüdergemeine im freundlichen „Saal" zu gemeinsamem Gottesdienst und zu einer Abendmahlsfeier zusammen. Nach einer Besichtigung des Hauses der Zinzendorfschule berichteten beim Kaffee einige Mitglieder der Brüdergemeine auf Anfrage über deren gegenwärtige Lage. Dann folgte das zweite Hauptreferat, gehalten von Frau Oberin v. Grot, der pädagogischen Organisatorin der Schule.

Frl. v. Grot berichtete über den Werdegang ihrer pädagogischen Gedanken, die in Verfolg von Gaudigschen Gedanken und parallel mit Kerschensteiner auf das Problem der Charakterbildung durch Unterricht aufnahmen. Die Erkenntnis, daß die geistige Arbeit das uns geschenkte Mittel sei, mit dem wir — immer im Geiste des Evangeliums und im Gehorsam gegen den Herrn Christus — dieses Ziel erreichen können, bildet die Grundlage. Die Methode bedient sich der Ergebnisse der Psychologie, soweit sie uns Aufschluß geben über das Denken und die geistige Arbeit des Kindes in seiner typischen Verschiedenheit vom Denken des Erwachsenen. Ferner muß der Erzieher sich seiner eigenen Arbeitstechnik bewußt sein. Endlich muß das Charakteristische des einzelnen Faches — das immer seine eigene Denkmethode fordert — klar sein. Dann liegt die Wurzel der Erziehung in der Unterrichtsstunde.

Die Diskussion führte zum Eingehen auf die Praxis einzelner Fächer wie Mathematik, deutscher Aufsatz und Religion. Alle Teilnehmer empfanden es als schmerzliche Lücke, daß zu der Theorie nicht die Praxis durch Besuch des Unterrichts geboten werden konnte. Andererseits war es uns klar, wie störend gerade für einen derart innerlich eingestellten Unterricht alles Zuhören Fremder wirken muß.

Leider mußte die Diskussion abgebrochen werden, da die Stunde der Heimreise für die meisten gekommen war. Die nächste Tagung soll im Herbst in den Krüppelanstalten Vollmarstein stattfinden; als ein Hauptgegenstand der Besprechung soll uns dort „Der Begriff der geistigen Arbeit bei Kerschensteiner" beschäftigen. Die Neuwieder Tage aber werden allen, die dabei sein durften, unvergeßlich bleiben.

Dr. K. Steil, Barmen.

Nähere Auskunft über die Christl. Philologen-Arbeitsgemeinschaft, die seit 3 Jahren besteht, und Lehrer und Lehrerinnen an höheren Schulen aller Art lose zusammenschließt, die die Fragen des Berufs und der Erziehung vom Evangelium her in Angriff nehmen wollen, erteilen Stud.-Rat Dr. Quast, Köln-Nippes, Erzbergerplatz 18, und Stud.-Rat Dr. Killinger, Düsseldorf-Kaiserswerth, Fliednerstr. 5. Obmann der westfälischen Gruppe der Arb.-Gemeinschaft Chr. Phil. ist Studienrat Dr. Metzenthin, Bielefeld, Lessingstr. 6.

Die Reichstagung der Evangelischen Frauenhilfe in der Ostmark

führte vom 25. bis 27. Mai 1500 Frauen aus allen Teilen des Landes in Königsberg i. Pr. zusammen, um dem Bewußtsein engster Verbundenheit mit der abgetrennten Ostprovinz lebendigen Ausdruck zu verleihen.

„Frauenhilfe und Volksgemeinschaft" — das war das Thema, das sich durch die ganze Tagung hindurchzog und nach den Festgottesdiensten am Sonntag im besonderen Referat von D. Schöttler, Magdeburg, einst in Jahren schwerster Not Generalsuperintendent Ostpreußens, im überfüllten Festsaale des Tiergartens eindrucksvoll behandelt wurde. In sieben machtvoll anschwellenden Akkorden klang es hinein in die lauschende Versammlung: Volksgemeinschaft kann nicht sein ohne den Schutz deutscher Heimat, Volksgemeinschaft will Pflege deutscher Art und Bewahrung des Erbes der Väter, sie ist Dienst an den Brüdern, sie hält dem Glauben die Treue, sie tritt ein für den deutschen Gedanken und setzt alles an die Rettung der deutschen Seele. —

Mächtig durchbrauste das Deutschlandlied den Saal. Ein Huldigungstelegramm an den Reichspräsidenten brachte das Gelöbnis treuen Dienstes am deutschen Volk in der Kraft des Evangeliums zum Ausdruck.

In einem feierlichen Festakt in der Stadthalle bezeugten die Vertreter der Staats-, Landes- und Kommunalbehörden und des Kirchenregiments der weitverzweigten Arbeit der Frauenhilfe ihren Dank, der seitens der theologischen Fakultät der Albertus-Universität durch die Ehrenpromotion des Geschäftsführers der Ostpreußischen Frauenhilfe zum Lizentiaten zu besonderem Ausdruck kam. Nach einer Arbeitstagung, die der Mütter- und Kinderfürsorge und Wohlfahrtspflege auf dem flachen Lande galt, fanden die Teilnehmer Gelegenheit, die Schönheiten der ostpreußischen Steilküste, die Marienburg und Danzig kennenzulernen.

Besonders in Ungarn galt es, den Kampf für das Deutschtum zu führen; die Magyarisierungsbestrebungen gingen bis zu brutalen Vergewaltigungen. Deutsche Taufnamen wurden in amtlichen Registern magyarisiert, die deutsche Helene war zu einer Ilona, der kleine Stefan zu einem Istwan, Franz zu einem Firencz geworden. Als alle Proteste nichts halfen, kamen die Siebenbürgener Sachsen auf herrliche Ideen. Die Namen des Nibelungenliedes waren nicht zu verfälschen und so liefen in Kronstadt kleine Hagen, Volker, Gernote, Brunhilden und Krimhilden herum. Mutet es nicht an wie eine Generalprobe auf die Ausrottung deutscher Namen in Südtirol in unserer Zeit?

Minderheitenschutz war es, was jene tapferen Männer damals schon unternehmen mußten, und heute muß die Arbeit mit doppelter Kraft fortgesetzt werden. Hat man doch in Versailles aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Selbstbestimmungsrecht aller nichtdeutschen Völker gemacht und gehen doch viele Staaten darauf aus, die in ihren Grenzen vorhandenen deutschen Volksgruppen auszurotten oder doch aufzusaugen.

Nicht Angriffe auf fremde Nationen sind deshalb die Arbeiten der Deutschtumspflege, sondern es handelt sich nur um die berechtigte Verteidigung deutscher Interessen, um die Erhaltung ewiger Menschenrechte und einer höheren Kultur mit friedlichen Mitteln; mit den Mitteln persönlicher Opfer auf finanziellem Gebiet und ethischer Hingabe in geistiger Förderung.

Erhaltung der Muttersprache, Recht auf Religionsübung in der Sprache des Volkes, die Mutter will mit dem Kind in der Sprache ihrer Väter beten, sie will die Tradition ihres Volkes aufrechterhalten und mit dem Mutterland in geistiger Verbindung bleiben. Diese Wünsche, deren Berechtigung niemand bestreiten kann, um so weniger, wenn damit loyale Mitarbeit im Heimatstaat Hand in Hand geht, sind mit Verständnis von der anderen Seite zu erfüllen; ihre Erfüllung zu verwirklichen, ist das Ziel aller der deutschen Schutzverbände, die sich Pfingsten in Salzburg zusammenfinden; das Wort Kellers ist ihrer Arbeit Motto:

Volkstum und Sprache sind das Jugendland,
Darin die Völker wachsen und gedeihen;
Das Mutterland, nach dem sie sehnend schreien,
Wenn sie verschlagen sind auf fremden Strand.

Jugendland und Mutterlaute sollen unserem Deutschtum auf fremder Erde erhalten bleiben, immer neu entstehen, weil sie Kraft spenden zu erfolgreicher Staatsbürger-Arbeit, die allein sie befriedigt und auch dem Land nützt, in dem sie leben!

Einheitsfront der Wirtschaft?

Besprechungen der Industrie mit den Gewerkschaften. — Heute Entscheidung des Reichskabinetts.

In Fortsetzung der Verhandlungen über die Sanierung der Reichsfinanzen tritt das Reichskabinett am heutigen Donnerstag zu einer neuen Sitzung zusammen, in der über die Deckung des Fehlbetrags im Haushaltsplan 1930, die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und das Ausgabensenkungsgesetz endgültig Beschluß gefaßt werden soll. Grundsätzlich hat das Reichskabinett den Vorschlägen des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers bereits zugestimmt.

Nähere Angaben über die Art der ins Auge gefaßten Maßnahmen werden von den zuständigen Stellen nicht gemacht, um nicht erneut „vorzeitig" Mitteilungen zu ermöglichen. Man betont nur, daß eine Vertagung der Entscheidung bis zum Herbst, von der am Mittwoch vereinzelt die Rede war, für das Kabinett nicht in Frage kommen kann, weil die Finanz- und Wirtschaftslage zu ernst ist, als daß man die Hilfsmaßnahmen vertagen könnte.

Ergänzt werden sollen die Maßnahmen gesetzgeberischer Art noch durch zwischen der zweiten und dritten Beratung des neuen Haushaltsplans vorzunehmende Einsparungen. Man will einen „Köpfungsausschuß" einsetzen, wie er in Preußen besteht, und diesem Ausschuß die Befugnisse einer Sparkommission übertragen. Was dabei herauskommen wird, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Immerhin glaubt man, durch Abstriche an der Ausgabenseite des Etats noch einige Millionen einsparen zu können. So sollen z. B. die Reformmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge eine Ersparnis zwischen 100 und 150 Millionen Mark erbringen, die Neueinnahmen aus der Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung auf 4½%, etwa 250 Mill. M. Von den Abstrichen am Etat erhofft man etwa 80 Mill. M.

Der Plan der Arbeitsgemeinschaft.

Auch die maßgebenden Wirtschaftsverbände, der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beschäftigen sich seit langem mit der Frage, wie man aus der ewigen Krise herauskommen kann. So haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen der Industrie und den Gewerkschaften stattgefunden, wobei die Industrie durch den Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und Herrn von Raumer von dem Präsidium des Reichsverbandes, die Gewerkschaften durch die Abgeordneten Graßmann, Eggert, Otto und Lemmer vertreten waren.

Ziel der Verhandlungen ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Gewerkschaften bzw. die Herbeiführung von Vereinbarungen durch deren Ausführung die Gesundung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes gefördert wird. Im einzelnen handelt es sich dabei um eine Preissenkung mit nachfolgendem teilweisen Lohnabbau, doch soll der Reallohn keine Beeinträchtigung erfahren.

Bisher haben diese Besprechungen — die übrigens wohl auch der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens dienen — noch zu keinem Erfolg geführt. Nach Pfingsten sollen sie fortgesetzt werden. Reichspräsident von Hindenburg soll sich dem Vernehmen nach anerkennend über den Plan einer neuen Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Gewerkschaften ausgesprochen haben. Die Gerüchte über einen Aufruf des Reichspräsidenten in diesen Fragen eilen jedoch zumindest den Tatsachen noch voraus.

Eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung.

Von privater Seite verlautet noch, daß das Reichskabinett auch ein Arbeitsbeschaffungs-Programm in „erster Lesung" verabschiedet hat. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm soll rund eine Milliarde Mark umfassen. Hauptsächlich beteiligt sind Bahn und Post, von den einzelnen Ministerien werden Aufträge in der Höhe von etwa 250 Millionen vorgesehen.

Gemeinden und Finanzen.

Forderungen der deutschen Städte.

In einer Besprechung in Berlin wies der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, auf die zunehmende Gefährdung des Haushalts der Stadtgemeinden durch das Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen-Unterstützungen hin. Die seit Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung im Oktober 1927 einsetzende Entwicklung hat in der Mehrzahl der deutschen Großstädte ein solch gefährliches Tempo eingeschlagen, daß die im ersten Quartal d. J. aufgestellten und balancierten Haushaltspläne für 1930 schon jetzt über den Haufen geworfen sind.

Es müsse daher mit aller Dringlichkeit gefordert werden, daß die Reichsarbeitslosenversicherung alle Lasten der Erwerbslosigkeit im Wege einer zeitlichen, örtlichen und personellen Erweiterung der Krisenfürsorge übernimmt. Diese für die Gemeinden zu fordernde Entlastung müsse noch vor Abschluß der Reichsfinanzverhandlungen erreicht werden.

Im übrigen bedürfen die deutschen Städte für die Durchführung ihrer Konsolidierungsaktion und Aufrechterhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft einer weiteren

Zulassung langfristiger Kredite

auch aus dem Ausland. Dr. Mulert befürchtet, daß ohne weitere Erhöhungen, auch der Realsteuern, die gestiegenen Lasten der Gemeinden nicht gedeckt werden können und empfiehlt die Wiederzulassung der

Gemeindegetränkesteuer

als die verhältnismäßig am leichtesten zu tragende Belastung. Zum Schluß betonte Dr. Mulert die Notwendigkeit grundlegender Aenderungen hinsichtlich der im Wege des Landesfinanzausgleiches der Gesamtheit der Gemeinden überwiesenen Steuerbeträge.

Die Eidesfrage.

Das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch.

Soeben ist dem Reichstag das Einführungsgesetz zum neuen Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz zugegangen.

Der Reichsrat hat dem Einführungsgesetz zugestimmt und lediglich in der Frage der Eidesdelikte einen Vorbehalt gemacht. In einer Entschließung bringt er zum Ausdruck, daß die vom Strafrechtsausschuß des Reichstags in der ersten Lesung gefaßten Beschlüsse keine befriedigende Lösung der Eidesfrage seien.

Insbesondere sei eine Regelung abzulehnen, die zwei verschiedene Bekräftigungsformen, den Eid und die Versicherung unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit, für ein und dasselbe Verfahren nebeneinander zur Verfügung stellt. Der Reichsrat empfiehlt statt dessen, wie im geltenden Recht, nur den Eid und eine Versicherung an Eidesstatt vorzusehen.

Dem berechtigten Wunsch nach Einschränkung der Eide und damit der Gelegenheit zu strafbaren Eidesverletzungen könne dadurch Rechnung getragen werden, daß im Verfahrensrecht und in der sonstigen Gesetzgebung die Möglichkeiten, von der Beeidigung abzusehen, noch über die Vorschläge hinaus vermehrt werden, durch die der Entwurf die Abnahme von Versicherungen unter Berufung auf die Pflicht zur Wahrheit einschränkt.

Inzwischen hat bekanntlich der Strafrechtsausschuß des Reichstags die Bestimmungen über den Eid schon in zweiter Lesung beraten und durch Mehrheitsbeschluß die Form des Eides überhaupt abgeschafft. In Zukunft soll es nur noch eine feierliche Bekräftigung vor Gericht geben.

Der moderne Strafvollzug.

Der preußische Justizminister über seine Ziele.

Auf der Jahresversammlung des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamten, die in Kassel stattfand, sprach der preußische Justizminister Schmidt über die Ziele des modernen Strafvollzugs. Der Minister führte aus, wenn bei uns in Deutschland die Bemühungen um die Reform unseres Strafrechts nach dem Krieg mit erneutem Schwung in Angriff genommen wurden und in wenigen Jahren in den Gesetzentwürfen für ein neues Strafgesetzbuch und ein Strafvollzugsgesetz feste Gestalt annehmen konnten, so sei das zweifellos ein Anzeichen für das vertiefte Wissen um die soziale Not.

Beim Strafvollzug gelte es, alle Kräfte im Gefangenen zu wecken und zu stählen. Durch Selbstverwaltung gelte es, ihn zur Selbstverantwortung zu erziehen und Furcht überall durch Hoffnungen zu ersetzen. Preußen sei stolz darauf, seinem Strafvollzug neue Richtlinien gegeben zu haben.

Moldenhauers Sparprogramm.

Sechs Gesetzentwürfe. — Verminderung der Behörden. — Verringerung des Personals. — Urlaubskürzungen. Abbau der Reichstagsabgeordneten.

Nach einer Mitteilung von privater Seite — deren Richtigkeit im Augenblick nicht nachzuprüfen ist — soll das Sparprogramm des Reichsfinanzministers Moldenhauer aus einem Rahmengesetz mit sechs Einzelgesetzen bestehen.

Davon soll das Gesetz zur Sicherung des Haushalts des Reiches, der Länder und Gemeinden bestimmen, daß die Summe der Ausgabenansätze im Reichshaushalt in jedem der Rechnungsjahre von 1931 bis 1933 unter dem Ansatz des Etats für 1930 gehalten werden muß. Neubauten bis zum Jahre 1935 sollen nur im Falle dringenden Bedarfs zugelassen werden.

Das Gesetz zur

Verminderung des behördlichen Aufwandes

sieht eine Verminderung der Reichsbehörden vor. Und zwar sollen bis zum 30. September 1930 aufgelassen werden: die Reichsvermögensverwaltung, bis zum 31. März 1931: das Reichsministerium für die besetzten Gebiete, die Abteilung München des Reichspostministeriums, die Vertretung der Reichsregierung in München, die Reichszentrale für Heimatdienst und die Abwicklungsstelle für die Aus- und Einfuhrbewilligungen; bis 31. März 1932: das Wehrkreisverwaltungsamt Breslau; bis zum 31. März 1934: das Reichsversorgungsgericht und bis zum 31. März 1935: vier Landesfinanzämter, 10 Oberpostdirektionen, 10 Telegraphenzeug- und Telegraphenbauämter, 50 Finanzämter, 10 Hauptzollämter, sämtliche Hauptversorgungsämter und Versorgungsämter.

Das Gesetz sieht ferner eine

Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte

vor, und zwar ist die Zahl des Personals in den Reichsministerien bis zum 31. März 1932 um mindestens 10 Prozent zu vermindern. Der dann erreichte Personalstand darf in Zukunft nicht mehr überschritten werden. Außerdem soll in den Jahren 1930 bis 1934 für ein Drittel der ausscheidenden Angestellten Ersatz nicht mehr eingestellt werden.

Das Gesetz zur

Veränderung der beamtenrechtlichen Vorschriften

sieht zunächst eine Verminderung der örtlichen Zuschläge ab 1931 jährlich um 1 Prozent, bis zur völligen Beseitigung dieser Zuschläge vor.

Die Urlaube der Reichsbeamten werden ab 1. April 1930 gekürzt; gleichzeitig wird vorgesehen, daß die Länder, Gemeinden sowie die Reichsbahn keine längeren Urlaube gewähren dürfen als das Reich.

Das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Reichsbeamten soll jederzeit mit einer Frist von drei Monaten kündbar sein, auch bei Anstellung auf Lebenszeit. Die gekündigten Beamten erhalten eine Abfindung.

Das Gesetz sieht weiter die Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre vor. Ferner sollen Ruhegeldkürzungen eintreten, wenn der Anspruchsberechtigte ein Diensteinkommen oder ein sonstiges Einkommen oder ein weiteres Ruhegeld bezieht. Bezüge bis zu 6000 Mark werden hierbei nicht angerechnet und eine Kürzung tritt nicht ein, wenn Ruhegeld und sonstiges Einkommen zusammen 9000 Mark nicht überschreiten.

Das Gesetz zur

Erzielung von Ersparnissen

sieht unter anderem vor, daß Landgemeinden unter 3000 Einwohnern besoldete Gemeindevorsteher nicht mehr anstellen dürfen, weiter eine Verminderung der Abgeordnetensitze entsprechend der Verminderung der Reichstagssitze, wo bekanntlich zur Erlangung eines Mandats 80 000 anstatt 60 000 Stimmen erforderlich sein sollen. Das Sparprogramm schlägt auch eine Herabsetzung der Abgeordnetendiäten vor.

Die vorgeschlagenen Gesetze sind zum Teil verfassungsändernd und bedürfen daher der Zustimmung der qualifizierten Mehrheit des Reichstages.

Trauertag in Ungarn.

Aus Anlaß des 10. Jahrestags des Trianon-Friedens. — Proteste an den Völkerbund.

— Budapest, 5. Juni.

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon fanden am Mittwoch in allen Teilen Ungarns und in den ungarischen Kolonien im Ausland Gedenkfeiern statt. Das Abgeordnetenhaus versammelte sich in Budapest zu einer Trauersitzung, zu der sämtliche Parlamentarier in schwarzer Kleidung erschienen waren. Die Verbände und die nationalen Vereinigungen veranstalteten Aufmärsche. In den Mittagsstunden ruhte in allen Fabriken die Arbeit während fünf Minuten; die Verkehrsfahrzeuge unterbrachen ihre Fahrt. Nachmittags läuteten in sämtlichen Städten und Dörfern Trauerglocken. An den Völkerbund wurden Protesttelegramme gegen die Friedensverträge gesandt.

Bei der Trauerfeier im Abgeordnetenhaus erklärte Graf Apponyi namens aller Parteien, Ungarn sehe in den Trianon-Verträgen nur ein ihm aufgezwungenes Diktat. Die größte Ungerechtigkeit dieses Friedensvertrags sei die Zerstückelung Ungarns. Entgegen dem Gelöbnis der duldsamen Behandlung der nationalen Minderheiten würden Sünden über Sünden begangen. Als Sprecher der Sozialdemokraten setzte sich Abgeordneter Farkas gleichfalls für die Revision der Friedensverträge ein.

In den Zeitungen kam die Volksstimmung in Artikeln zum Ausdruck, in denen die Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 als eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und als ein Schulbeispiel übermütigster Gewaltanwendung bezeichnet werden. Ferner unterstreichen die Zeitungen die unverbrüchliche Zuversicht des ungarischen Volkes auf Abänderung der Friedensverträge. Auch Ungarns Fürsprecher in London, Lord Rothermere, setzte sich am Tage von Trianon in der „Daily Mail" erneut für die Wiedergutmachung des Ungarn angetanen Unrechts ein.

Ungarische Absage an Briand.

Wohl nicht ohne Absicht hat die ungarische Regierung ihre Antwort auf die Paneuropa-Denkschrift des französischen Außenministers Briand ausgerechnet am Tage von Trianon fertiggestellt. Wie man hört, will Ungarn sich grundsätzlich mit der Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsmarktes einverstanden erklären, während es praktisch seinen Beitritt von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig macht. **Denn, so soll es in der Antwortnote lauten, Ungarn sei nicht in der Lage, durch seinen Beitritt einen Beweis dafür zu geben, daß es sich mit der in Trianon geschaffenen Lage abfinde.**

Ein letzter Einigungsversuch.

Italiens Außenminister machte Frankreich ein Angebot.

— Rom, 5. Juni.

Italiens Außenminister Grandi sprach im Senat erneut über Fragen der Außenpolitik.

Am interessantesten war wohl die Mitteilung, nach der Italien Frankreich in den letzten Tagen den Vorschlag einer Flottenpause zwischen beiden Ländern gemacht hat, dahingehend, daß Italien, obwohl es dadurch verhältnismäßig ins Hintertreffen geraten würde, darauf verzichtet, sein für das Jahr 1930 angekündigtes Flottenprogramm zu verwirklichen, vorausgesetzt, daß

auch Frankreich die Schiffe des Jahres 1930 zunächst nicht auf Stapel lege.

Was Frankreich darauf erwidert hat, sagte Grandi nicht. Da er aber später auf eine Anfrage die Durchführung des Flottenbauprogramms zugab, kann man daraus erraten, daß Paris ablehnend geantwortet haben muß. Trotzdem scheint gegenwärtig aber so etwas wie ein letzter französisch-italienischer Einigungsversuch im Gange zu sein. Dieser Eindruck wird verstärkt durch das Stillschweigen, mit dem die italienische Presse die Ausweisung des Vertrauensmannes der Faschistenverbände aus Nizza durch die französischen Behörden hingenommen hat.

Breitscheid über Paneuropa.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende betont die Notwendigkeit der Vertragsrevision.

In der Schlußsitzung des Komitees für europäische Zusammenarbeit in Genf erklärte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, es sei zu bedauern, daß Briand in seiner Paneuropa-Denkschrift den alten Souveränitätsbegriff, der ein Museumsstück geworden sei, wieder hervorgeholt habe. **Deutschland sei infolge der ihm auferlegten Abrüstung und der Entmilitarisierungszone an der Westgrenze nicht voll gleichberechtigt, solange nicht seine Nachbarn ähnliche Verpflichtungen auf sich genommen haben.**

Zum Schluß wandte sich Breitscheid gegen Frankreichs ewige Sicherheitenforderung und unterstrich die Notwendigkeit der Abänderung veralteter oder unanwendbar gewordener Verträge.

Politische Rundschau.

— In dem Disziplinarverfahren gegen den früheren Berliner Stadtkämmerer Lange ist nunmehr auf den 26. Juni Termin anberaumt worden.

*

:: **Pfingsturlaub des Reichspräsidenten.** Reichspräsident von Hindenburg wird im Laufe des heutigen Donnerstag Berlin verlassen, um die Pfingstfeiertage außerhalb der Reichshauptstadt zu verbringen.

:: **Treviranus Leiter der Befreiungsfeiern im besetzten Gebiet.** Die Meldung eines Berliner Blattes, daß Reichsminister von Guérard die Leitung der Befreiungsfeiern im Rheinland habe, wird von zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet. Federführend in dieser Angelegenheit sei der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus.

:: **Reichsreform-Konferenz einberufen.** Die nächste Sitzung der Länderkonferenz, die die Beratung der Reichsreformpläne fortsetzen soll, ist auf den 20. Juni berufen worden. Der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz soll seine Arbeiten am 21. Juni wieder aufnehmen.

:: **Neue Sperre für Thüringen.** Die Vorschüsse des Reiches an Thüringen für Polizeizwecke belaufen sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, auf 407 000 Mark. Weitere Zahlungen an Thüringen werden zunächst nicht erfolgen. Die am 26. Mai fällig gewesene Zahlung in Höhe von 250 000 Mark ist bereits nicht geleistet worden. Dagegen ist Thüringen aufgefordert worden, die Vorschüsse zurückzuzahlen.

Rundschau im Auslande.

‡ Der frühere französische Ministerpräsident Poincaré nimmt gegenwärtig nach seiner langen Krankheit erstmals wieder an den Arbeiten des Senats teil.

‡ Lloyd George feiert sein 40jähriges Jubiläum als Abgeordneter; da er von allen Parlamentariern am längsten im Unterhaus sitzt, hat er jetzt Anspruch auf den Titel „Vater des Unterhauses".

‡ Der Untersuchungsrichter des südslawischen Staatsgerichtshofes hat die Freilassung der beiden Deutschen Dr. Neuner und Isolde Reiter verfügt.

*

Neuer Sowjetskandal in Paris. — Krukow will auspacken.

‡ Der Generalsekretär der russischen Handelsbank in Paris, Krukow, lehnte die Ausführung des ihm erteilten Befehls zur Rückkehr nach Moskau ab und richtete ein Schreiben an die französische Presse, in dem er erklärt, er wolle mit dem Sowjetsystem brechen, da es die Arbeiter in Rußland nicht frei gemacht habe. Krukow soll auch Enthüllungen über die Verschleppung des Zarengenerals Kutiepow angekündigt haben.

Anschlag auf das britische Generalkonsulat in Montevideo.

‡ Auf das britische Generalkonsulat in Montevideo (Urugay) wurde ein Anschlag verübt. Die Attentäter übergossen das Tor des Konsulats mit Benzin und steckten es in Brand. Die Flammen konnten jedoch gelöscht werden, bevor sie größeren Umfang annahmen. Gegenüber dem Konsulatsgebäude wurden Anschläge angebracht, in denen gegen die britische Politik in Indien protestiert wird.

Letzte Meldungen.

Hindenburg auf Urlaub.

— **Berlin,** 5. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg tritt heute einen kurzen Pfingsturlaub an. Wie verlautet, begibt er sich auf sein Gut Neudeck in Ostpreußen.

Zentrumsbeamtenschaft für allgemeines Notopfer.

— **Berlin,** 5. Juni. Der erweiterte Vorstand des Reichsbeamten-Beirates des Zentrums hat sich in einer Entschließung für ein Notopfer ausgesprochen, das sich nicht auf die Beamten beschränkt, sondern alle leistungsfähigen Kreise des Volkes erfaßt. In der augenblicklichen Notzeit müsse die Gesamtheit des Volkes in gemeinsamer Opferwilligkeit der Not Herr zu werden versuchen.

In Chemnitz steigt die Arbeitslosigkeit.

— **Chemnitz,** 5. Juni. Die Lage am Chemnitzer Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor trostlos. Die Entlassungen in Industrie und Handel nehmen kein Ende. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist daher weiter gestiegen, und zwar von 36 750 Ende April auf 38 050 Ende Mai.

Universitätsfeier in Göttingen.

— **Göttingen,** 5. Juni. Die Georgia-Augusta-Universität beging die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. Oberpräsident Noske, die Rektoren der Hochschulen in Hannover, Clausthal und Hannoversch-Minden, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden. Zum erstenmal in der Geschichte der Göttinger Universität wurde in der Rektoratsrede ein musikalisches Thema behandelt. Professor Dr. Ludwig hielt die Festrede.

Ein begreifliches Verbot.

— **Pirna,** 5. Juni. Der Rat der Stadt Pirna hat das für die Pfingstfeiertage geplante Bezirkstreffen des Jung-Spartakus-Bundes in Pirna sowie jede weitere Veranstaltung dieses Bundes in Pirna bis zum 10. Juni verboten.

Zeppelin voraussichtlich Freitag wieder in Friedrichshafen.

— **Friedrichshafen,** 5. Juni. Die Rückkehr des Zeppelin wird für Freitag nachmittag erwartet. Für die Ausführung eines größeren Fluges über die Alpen während der Pfingstfeiertage ist beim Luftschiffbau nichts vorbereitet worden, da überhaupt keine Fahrt für Pfingsten vorgesehen ist.

Deutscher Kriegsflieger abgestürzt.

— **Montreal,** 5. Juni. Der deutsche Flieger Paul Garten, der während des Weltkrieges der Richthofen-Staffel angehörte, ist, wie aus Port Arthur (Kanada) gemeldet wird, während eines Sturmes tödlich abgestürzt. Garten war Pilot eines kanadischen Postflugzeuges.

Das Unglück von Chevreuse.

— **Paris,** 5. Juni. Das Ueberschwemmungsunglück im Tal von Chevreuse hat sich nunmehr, nachdem das Wasser größtenteils zurückgegangen ist, als viel folgenschwerer herausgestellt, als man im ersten Augenblick angenommen hatte. Von verschiedenen Häusern ist nichts als eine Steinruine übriggeblieben. Straßen und Felder sind mit Ueberresten der zerstörten Gebäude besät, und der Schlamm liegt zum Teil 50 Zentimeter dick auf den Landstraßen.

Das Eisenbahnunglück von Montereau.

— **Paris,** 5. Juni. In der französischen Oeffentlichkeit steht der Anschlag auf den Schnellzug Paris—Nizza immer noch im Mittelpunkt des Interesses. Man ist überzeugt, daß als Täter nur Kommunisten in Frage kommen und daß sich der Anschlag gegen Ministerpräsident Tardieu persönlich richtete. Nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchung muß man die Täter in italienischen Kreisen suchen. Auffallend ist, daß seit dem Unglück eine Gruppe von italienischen Arbeitern, die bis dahin an der Bahnstrecke gearbeitet hatte, spurlos verschwunden ist.

Unwetter über der Mosel.

Schwere Schäden bei Traben-Trarbach.

Ein schweres Unwetter entlud sich über dem Moselort Croev bei Traben-Trarbach. Die Bergstraße nach Koewerich war in kurzer Zeit in einen ein Meter hohen reißenden Bach verwandelt, der gewaltige Erdmassen aus den Weinbergen sowie Pfähle, Steine und Spritfässer mit sich führte.

Der untere Ortsteil von Croev wurde vollständig unter Wasser gesetzt. Keller, Scheunen und Stallungen sowie die unteren Wohnräume wurden überschwemmt und mußten geräumt werden. Die Provinzialstraße nach Traben-Trarbach ist an mehreren Stellen mit meterhohen Schiefermassen bedeckt, die aus den Weinbergen zu Tal geschwemmt wurden. Die Straße wurde gesperrt.

Im Laufe der Yvette ist das Tal von Chevreuse bei dem gleichnamigen Hauptort des Kantons Chevreuse im französischen Departement Seine-et-Oise in der Nacht von einem sintflutartigen Regen heimgesucht worden, der ungeheuren Schaden anrichtete.

Ein Gewitter nach dem anderen entlud sich über der Ortschaft, von den nahegelegenen Bergen ergossen sich ganze Kanäle, rissen Schlamm und Gestein mit sich und überfluteten die niedriger gelegenen Stadtteile, auf ihrem Wege Mauern, Baracken und Scheunen mit sich reißend. Immer wieder gellten Hilferufe der Bewohner durch die dunkle Nacht, doch konnte glücklicherweise ein Abfluß für die Wassermassen geschaffen werden.

Der Schaden beläuft sich auf mehr als eine Million Franken. 36 Häuser wurden beschädigt, Gärten und Feldanlagen vollkommen zerstört. Pioniere sind zu Aufräumungsarbeiten an die Unglücksstelle entsandt.

Verschiedenes.

Der **Jugendverband** in Minden-Ravensberg und Lippe errichtet sich für einige Monate ein Ferienlager auf der Insel Baltrum. Im Juni sind 2 Freizeiten vorgesehen. Die erste beginnt am 6. Juni und dauert bis zum 20. Die zweite beginnt am 20. und schließt am 4. Juli. Soweit Platz vorhanden ist dürfen auch Nichtmitglieder des Jugendbundes teilnehmen. Es sind noch einige Plätze frei. Der Pensionspreis beträgt 3,25 *M* den Tag. Näheres und Anmeldungen bald an Pred. Halstenberg, Herford, Jahnstr. 8.

Der **Minden-Ravensberger Gemeinschaftsverband** hat vom 23. bis 28. Juni einen Bibelkursus in Ledde bei Tecklenburg, im Hause tho Bockholt, schön am Walde gelegen. 2 Vorträge werden werden außer Andacht und Evangelisation täglich gehalten. Ueber den Jakobusbrief und den Propheten Amos soll referiert werden von P. Kuhlo, Bielefeld und Kaufmann Vogelsang, Detmold. Pensionspreis 18,— *M*. Anmeldung an Pred. Halstenberg, Herford, Jahnstr. 8.

Gepäckverkehr zwischen Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn und Kraftpoststrecken der Deutschen Reichspost. Mit Wirkung vom 1. Juni 1930 wird versuchsweise eine unmittelbare Abfertigung von Personen und Reisegepäck zwischen Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn und Postanstalten der Kraftpoststrecken der Deutschen Reichspost eingeführt. Im Bereich der Reichsbahndirektion Hannover fertigen folgende Bahnhöfe Personen und Reisegepäck mit gewissen Einschränkungen nach den einbezogenen Kraftpoststrecken ab: Hannover, Bremen Hbf., Bielefeld Hbf., Hildesheim Hbf. und Celle. Nähere Auskunft über die Art der Abfertigung, die Abfertigungsmöglichkeiten und die Fahrpreise geben die beteiligten Fahrkartenausgaben.

Quittung.

Für unsere Werbekasse gingen ein von Fr. L. Herrnhut 5,— *M*; Verw.-Insp. L. Eibenstock 2,— *M*; Wachtm. H. Eibenstock 1,— *M*; Pfarrer B. Köln-Kalk 2,— *M*; Frau M. B. Köslin 2,— *M*; Dr. med. E. G. Borsdorf 3,— *M*; San.-Rat Dr. J. K. Amberg 3,— *M*; Pastor L. Norden 1,— *M*; Oberstleutnant a. D. Dr. H. H. Breslau 3,— *M*; C. E. H. Cl. Hamb.-Fuhlsbüttel 3,— *M*; Pastor J. R. Ilberstedt 3,— *M*; R. W. Königsberg 2,— *M*; E. W. Priorei 3,— *M*; Frau A. J. Braunlage 3,— *M*; F. B. Bernburg 3,— *M*; Sch. Hemer 2,— *M*; Kl. Schneidemühl 2,— *M*; A. Weimar 1,— *M*; Frau A. J. Leipzig 2,— *M*; Frau Oberbaurat Sch. Halle a. S. 3,— *M*; G. G. Realanstalt am Donnersberge 2,— *M*; Frau Major M. T. Berlin 2,— *M*; Geschw. K. Bln.-Halensee 2,— *M*; Geschw. Fl. Minden 10,— *M*; Pfarrer J. D. Beedenkirchen 2,— *M*; P. H. Murow 3,— *M*; Pfarrer a. D. O. L. Mosbach 10,— *M*; Frau M. K. Wiesbaden 3,— *M*; R. H. Meuselwitz 2,— *M*; Dr. med. v. K. Ilmenau 3,— *M*; H. J. Königsberg 2,— *M*; Pfarrer R. Görlsdorf 2,— *M*; Obl. J. K. Lugau 3,— *M*.

Allen Spendern danken wir herzlich.

Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Bethel.

— Am **Pfingstsonnabend, den 7. 6.,** ist unsere Verkaufsstelle **von 7 bis 14 Uhr durchgehend geöffnet.** Bestellungen erbitten wir rechtzeitig, wenn eben möglich, schon bis Donnerstag abends. Schlachthof.

— **Wellensittig** entflogen. Gilead.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Zu Pfingsten

empfehle ich in großer Auswahl meine
Schokoladenartikel. Ia Qualität
Specialität: Maikäfer.

Schokoladenhaus Th. Möller
Gütersloherstraße 43

Herzliche Bitte!

Welche christl. Persönlichkeiten würden bereit sein, einer Mutter von 8 Kindern durch Gewährung von Darlehen in Höhe von 500–1000 Mark die Möglichkeit zu schaffen, das Warenlager des in Konkurs geratenen Mannes zurückzukaufen und die Weiterexistenz der Familie zu sichern. Da Verkaufstermin etwa Mitte Juni schnellmögliche Angebote unter A 6680 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Möbl. Zimmer

Nähe Bethel, sofort oder später **zu vermieten.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Aufwärts.

Christl. Pension

Zandvoort / Nordsee, Holland, Villa Lydia Zandvoortschelaan 28, geöffnet 1. Juni bis 1. Oktober, bietet Gästen freundliche Aufnahme. Pensionspreis 6 Mk., Kinder unter 10 Jahren 4 Mk. — Erforderlich zur Einreise nur Paß. Näheres
Frau W. Polman, Amsterdam,
Kerkstraat 342.

Der schönste und modernste
Blumenschmuck
für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayrischen
Gebirgs-Hängenelken
Versand überallhin. Illustr. Preisliste gratis und franko.
A. Gnadl, Versandgärtnerei
Trudering 461 (Oberb.)

Stellengesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Billiger Sonderzug 3. Kl.

33 1/3 % Fahrpreisermäßigung — Beschleunigter Fahrplan — Führungen — Reiseleitung im Zuge — Ausreichend Sitzplätze

Sonntag, den 15. Juni 1930

von **Gütersloh–Brackwede–Bielefeld–Brake–Herford und Osnabrück–Wissingen–Melle–Bünde–Löhne–Bad Oeynhausen Süd–Vlotho–Rinteln–Hessisch Oldendorf–Hameln** über Elze–Hildesheim–Goslar–Bad Harzburg nach

Wernigerode und auf den Brocken

Näheres über Fahrpreise und Fahrpläne durch Reiseprogramme mit Bildfaltblättern, die kostenlos an den Fahrkartenausgaben abgegeben werden.

Reichsbahndirektion Hannover und Münster.